

Ende des DDR-Fernsehens

Vom Staatsfernsehen zum Rundfunkföderalismus

Der Fall der Mauer im November 1989 brachte tiefgreifende Veränderungen in der ostdeutschen Fernsehlandschaft mit sich. Schnell war klar, dass das ursprüngliche Staatsfernsehen nach westlichem Vorbild umgestaltet werden sollte. Der Medienwissenschaftler Knut Hickethier nahm bereits 1992 eine detaillierte Bestandsaufnahme vor und zeichnete den bis dahin absolvierten „Weg vom Staatsfernsehen der DDR zum Rundfunkföderalismus in den neuen Bundesländern“ nach. Dabei wird deutlich, dass der Umstrukturierungsprozess von diversen Einflussnahmen, Macht- und Interessenkonstellationen bestimmt wurde. Eine nicht unbedeutende Rolle spielte auch der damals vielbeschworene Ost-West-Konflikt.

Das Zerschlagen der Einrichtung

Hickethier, Knut 1992: Das Zerschlagen der Einrichtung. Der Weg vom Staatsfernsehen der DDR zum Rundfunkföderalismus in den neuen Bundesländern.

Ende und Anfang standen früh fest: Das Ende des reglementierten und zensierten Staatsfernsehens der DDR sollte mit dem Umbruch der Verhältnisse im Herbst 1989 und der Herstellung der deutschen Einheit auch zu einer Neuorganisation des Fernsehens nach westlichem Vorbild, zur Schaffung demokratischer, unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten führen, die den Bürgern der neuen Bundesländer verpflichtet sind. Der Weg wurde durch den Paragraphen 36 des Einigungsvertrages festgelegt, als das „Fernsehen der DDR“ unter diesem Namen bereits nicht mehr bestand. Das Ende des einen Systems bedeutete jedoch noch nicht, daß das andere als Ziel, die Schaffung einer föderalistischen Rundfunkstruktur, in funktionsfähiger Weise bereits erreicht worden ist.

Ende 1991, knapp zwei Jahre nach der Wende, ist die Rundfunksituation noch nicht endgültig geklärt, auch wenn die Linien der zukünftigen Struktur bereits erkennbar sind. Ganz sicher ist das bisher erreichte Ergebnis nicht so ausgefallen, wie es sich viele gedacht hatten, die vor zwei Jahren von einer großen Erneuerung träumten, vor allem hat der Prozeß des Umbaus selbst viel Ärger, Verbitterung, Resignation, auch Widerstand, erzeugt. Statt Transformation sahen viele nur Zerschlagung, statt Kooperation Übernahme des Terrains und eine völlige Beseitigung nicht nur der vorhandenen Strukturen, sondern auch des Mitarbeiterstabes. Die Rede vom Kulturverlust, der jetzt stattfindet, ist verbreitet. Als die DDR am Ende war, gab es den Traum der sich von der Zwangsherrschaft befreienden DDR-Bürger, auch ihre Medien selbstbestimmt in die Hand zu nehmen, am Ende der Übergangszeit wird sichtbar, daß den Menschen in den neuen Bundesländern wiederum von außen ein neuer Rundfunk verpaßt worden ist.

Wie konnte das geschehen? Wurden hier die einen von den anderen um die Früchte ihres Widerstandes, des von ihnen erzwungenen Abtritts des SED-Regimes gebracht, wurden sie über den Tisch gezogen? Gab es die große Manipulation durch westliche Drahtzieher? Feindbilder sind leicht zu produzieren, doch um die Resultate zu beurteilen, muß man die Stationen der Entwicklung kennen.⁽¹⁾ Viele Momente dieser Entwicklung erscheinen im Nachhinein als zwangsläufig. In einem Umstrukturierungsprozeß entscheidet selten der gute Wille, sondern in der Regel die faktische Macht, die hinter artikulierten Positionen steht. Wo ständig von der Macht der Medien die Rede ist, von ihrer wirklichkeitskonstituierenden Kraft, von der durch sie erzeugten Simulation (vgl. Hickethier/Schneider 1991), wird sichtbar, daß

sie selbst nur Objekt anderer, politischer und ökonomischer Mächte sind. Viele Entscheidungen sind beim Umbau der Medien im gesamtgesellschaftlichen Interessenausgleich getroffen worden, bei dem aber nicht alle ihre Interessen in gleicher Weise formulieren und durchsetzen konnten. Ein Rückblick auf die Entwicklung des Fernsehens der DDR und des Deutschen Fernseh-Funks (DFF), die seit dem Einigungsvertrag so benannte „Einrichtung“, soll die entscheidenden Wendepunkte sichtbar machen.

Versuche einer immanenten Erneuerung vor dem Herbst 1989

Zur „kommunikativen Vorgeschichte des Umbruchs“ (Hanke 1990, S. 320) gehört, daß durch den grenzüberschreitenden Charakter der elektronischen Medien die ARD- und ZDF-Programme in fast allen Teilen der DDR permanent präsent waren und gegenüber dem DDR-Fernsehen weit überwiegend genutzt wurden. Die strikte ideologische Reglementierung des DDR-Fernsehens, die permanente Unterdrückung und Verfälschung von Informationen machte die DDR-Programme für die Mehrheit der DDR-Bürger in hohem Maße unglaubwürdig (vgl. Hoff 1991). Die andauernde Distanz der Bevölkerung dem DDR-Fernsehen gegenüber verstärkte sich in den achtziger Jahren, als in den Jahren der von Gorbatschow verkündeten Perestroika und des Aufbruchs osteuropäischer Staaten das DDR-System erstarrte und auch nur geringe Veränderungen abwehrte.

Dem zunehmend offener formulierten Desinteresse vor allem der Jugend an diesem Staat und der wachsenden inneren Opposition sollte im DDR-Fernsehen durch die Schaffung eines dritten Fernsehprogramms entgegengesteuert werden, Ende der achtziger Jahre auch dem bei der Jugend attraktiven terrestrisch ausgestrahlten kommerziellen SAT 1- und dem neuen RIAS-TV-Programm begegnet werden. Erste Überlegungen zur Nutzung der dritten (bis dahin ungenutzten) Senderkette gab es seit 1986, wurden dann aber zwei Jahre auf Eis gelegt. Das neue Programm sollte vorrangig Jugendliche ansprechen und langfristig ausgebaut werden. Erstes Ergebnis dieser Planungen war die Schaffung von Jugendsendungen innerhalb der bestehenden Programme („Elf99“, erste Sendung am 1.9.1989).

Diese immanent betriebene Erneuerung wurde jedoch nur halbherzig vorangetrieben, weil sie nur eine Optimierung im Sinne des bestehenden Systems anstrebte und den eigentlichen Ursachen der Misere, die Gängelung des Fernsehens durch die Partei, nicht wirklich auf den Grund ging, unter den herrschenden Verhältnissen auch gar nicht konnte.

Die Befreiung von der Parteizensur

Mit dem Machtverfall des SED-Regimes seit Mitte des Jahres 1989, vor allem aber mit dem durch die Massendemonstrationen erzwungenen Rücktritt Erich Honeckers und der Ablösung des für die Medien zuständigen Politbüromitgliedes Joachim Hermanns (18.10.1989) wurden bereits im Fernsehen erste Veränderungen spürbar, die vor allem im November mit der Öffnung der Mauer und den nun massiv einsetzenden Verfall des DDR-Staates sich verstärkten.

Eine „Fernseh-Revolution“, eine „Medien-Revolution“, so schien es, hatte stattgefunden (vgl. Hanke 1990b und 1992). Doch der Umbruch in der DDR war kein Ergebnis des Fernsehens, und schon gar nicht des DDR-Fernsehens. Dieses wirkte, wie der Rundfunkbeauftragte Rudolf Mühlfnzl Mitte September 1991 ironisch formulierte, nicht als „Insel des Widerstandes“. (2) Aber es versuchte, nach Wegfall der Direktiven und direkten Einflußnahmen durch das SED-Politbüro seiner journalistischen Aufgabe gerecht und zum Vermittler der sozialen Bewegungen und Ereignisse zu werden und trug damit zur schnelleren Durchsetzung des Umbruchs der Gesellschaft mit bei.

Damit wurde das DDR-Fernsehen in neuer Weise zum Kooperationspartner für die bundesdeutschen öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramme, die sich durch die Kooperation

Technik, Insiderkenntnisse und Erfahrungen vor Ort sicherten, und es wurde zugleich zum Konkurrenten im Kampf um die Zuschauer in der DDR. Die Bedeutung der „Westmedien“ als Informanten über DDR-interne Ereignisse (vgl. Hesse 1990), eine vor der Wende wesentliche Funktion für die DDR-Zuschauer, begann abzunehmen. Das DDR-Fernsehen stieß auf eine neue Resonanz bei der DDR-Bevölkerung.

Viele Programmacher sahen in der neuen Situation eine Chance zur Reform des Programms. Wenn aus der Perspektive des Nachhinein diese Veränderungen als zu gering erscheinen, vor allem auch strukturelle Erneuerungen (beispielsweise die Föderalisierung des zentralen Rundfunks) nur zögerlich in Angriff genommen wurden, so spielten dabei nicht zuletzt die unterschiedlichen Zeitvorstellungen über den Veränderungsprozeß und die Herstellung der Einheit eine wesentliche Rolle. Hatte sich in der DDR jahrzehntelang vieles nur sehr langsam, manches überhaupt nicht bewegt, so war die Vorstellung eines sofortigen Umbruchs in der Rundfunkorganisation vielen nicht vorstellbar, schienen die schon erreichten Veränderungen überschnell (vgl. Hickethier 1990). Viele hielten sicherlich auch den Umbruch nicht für endgültig, sondern für reversibel und verhielten sich deshalb hinhaltend.

Es gab zudem innerhalb des DDR-Fernsehens (und auch anderswo in der Gesellschaft) keine fertigen Pläne mit anderen Strukturen in den Schubladen, diese anderen Strukturen sollten ja erst, so ein breiter Konsens, von den DDR-Bürgern selbst erst entwickelt werden. Im Rundfunk entstanden Redaktionsräte, die sich um die Entwicklung einer basisdemokratischen Mitbestimmung bemühen.

Sinnbild dieser Vorstellung der gemeinsamen Erarbeitung neuer Konzepte und Vorstellungen in der Medien- und vor allem auch in der Fernsehentwicklung war die Schaffung einer Institution, mit der diese Entwicklung forciert und abgesichert werden sollte. Analog zum „Runden Tisch“ wurde eine Kommission berufen mit dem Ziel der Neuordnung der DDR-Medien und der Formulierung und Beratung eines Mediengesetzes (vgl. Odermann 1990). Dieser mit Beschluß des Runden Tisches vom 5.2.1990 gebildete Medienkontrollrat sollte für das Fernsehen eine dem öffentlichrechtlichen Fernsehen der Bundesrepublik vergleichbaren Struktur erarbeiten.

Konsolidierung einer eigenen Identität

Hinter den Verhandlungen zur Schaffung einer deutsch-deutschen Vertragsgemeinschaft Anfang 1990 stand von seiten der DDR auch die Vorstellung einer eigenständigen Erneuerung der DDR auf der Basis der Reformbewegungen. Im Fernsehen war die Absicht erkennbar, durch eine Umorganisation sich eine neue und zugleich eigene Struktur zu schaffen, mit der man in eine spätere deutsche Einheit gehen konnte. Im Prozeß der Selbstbestimmung sah man die Möglichkeit, die eigene Identität zu formulieren (vgl. Spielhagen 1991), auch wenn umstritten war, ob eine eigene kulturelle Identität als DDR-Bürger überhaupt existierte. Für diese Selbstfindung waren die Medien wichtig, hatten sie doch zur emotionalen und praktischen Verarbeitung der nun eintretenden „Umwälzung nahezu aller Lebensbedingungen“ beizutragen. Denn es ging ja nun nicht mehr allein darum, durch das Fernsehen Bilder einer anderen, nicht erreichbaren Welt zu erhalten, sondern die neuen Veränderungen des Alltags zu begleiten und sie zu vermitteln.

Der Bedeutungszuwachs des Fernsehens in den Zeiten sozialen Wandels wirkte sich auch auf das DDR-Fernsehen aus, die Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera“ (AK) erfreut sich wachsender Zuschauerzahlen (vgl. Hanke 1990b, S.79 ff). Die neue Beweglichkeit der DDR-Fernsehjournalisten - exemplarisch in spektakulären Aktionen vor allem von „Elf99“-Reportern - erweckte den Eindruck, das DDR-Fernsehen sei fähig, sich selbst zu reformieren. Dem stand jedoch ein breites gesellschaftliches Mißtrauen vor allem der Leitung des Fernsehens gegenüber. Zwar war der langjährige Vorsitzende des Staatlichen Fernsehkomitees Heinz Adameck durch Hans Bentzien ersetzt worden, doch stammte er

aus der gleichen Führungsschicht wie Adameck.

Mit einer vor allem um jüngere Mitarbeiter ergänzten Mannschaft trat das DDR-Fernsehen auf dem Bildschirm in Erscheinung (vgl. Butzek 1990) Man fühlte sich, so der ebenfalls seit vielen Jahren tätige AK-Chefredakteur Klaus Schickhelm gegenüber der Süddeutschen Zeitung Mitte Januar 1990, als „der freieste Journalist der Welt“ (Hauschild 1990; vgl. auch Ludes 1990). Eine offenere Nachrichtenpolitik, ein anderer Präsentationsstil (Wechsel des Outfits der Moderatoren und des Studiodesigns), Schaffung neuer bzw. Umbau bestehender Sendeformen („Donnerstag-Gespräch“, „Klartext“, „Prisma“, „AK Zwo“) und die Ausstrahlung bislang verbotener Fernsehfilme („Geschlossene Gesellschaft“, „Ursula“, „Monolog eines Taxifahrers“) sollten die eigene Wandlungsfähigkeit demonstrieren (vgl. Agneskirchner 1990). Die Programmveränderungen waren von öffentlichen Diskussionen begleitet, in denen Rückfälle in den alten Stil heftig kritisiert wurden (z.B. in der Berichterstattung gegen die PDS-Kampagne „Gegen Rechts“ nach der Beschmierung des sowjetischen Mahnmals in Treptow (vgl. Hartmann 1990). Es entstand der Verdacht, daß eine grundlegende Veränderung des DDR-Fernsehens aus der bestehenden Struktur heraus nicht zu erreichen war. Die erste Wendigkeit in der Anpassung an die neuen Verhältnisse konnte auf Dauer nicht das grundsätzliche Dilemma des Fernsehens kaschieren: daß seine Struktur, seine personelle Organisation wesentlich durch das alte Regime geprägt und bis ins Detail bestimmt worden war und daß dadurch die Legitimation des Fernsehens zwangsläufig brüchig war. Eine wirklich unabhängige Institution konnte es auf diese Weise nicht werden. Daran änderte auch die schnelle Schaffung von Regionalprogrammen (im Hörfunk) durch Bentzien nichts. „Antenne Brandenburg“ und „Radio Sachsen“ entstanden auf diese Weise, wurden jedoch von den Medienpolitikern im Westen nicht sonderlich zur Kenntnis genommen.

Unabhängigkeit vom Staat einerseits, Gemeinwohlorientierung und föderalistische Struktur, aber auch schön Föderalismus - das waren die wichtigsten Forderungen. Ein unabhängiger Status aber war die Voraussetzung, um innerhalb der gesellschaftlichen Diskussion wirksam werden zu können. Auch die Schaffung von Redaktionsräten konnte diesem Legitimationsdefizit nicht wirksam begegnen.

Schnelle Einigung – nur wie?

In der Bundesrepublik sah man mit dem beschleunigten Zugehen auf die deutsche Einheit die Chance zum direkten Eingriff in die sich verändernde ostdeutsche Medienlandschaft. Da man von der bald errichteten Einheit ausging, fühlten sich viele medienpolitisch herausgefordert, eigene Pläne und Konzepte zu lancieren. Die DDR erschien als ein neuer Medien-„Markt“, die Mehrheit der DDR-Bürger hatte zudem den Willen zur Teilhabe am Marktgeschehen demonstriert.

Jürgen Doetz vom Bundesverband Kabel- und Satellit (BKS), einem Interessenverband des kommerziellen Rundfunks, forderte Mitte Februar in einem ersten Positionspapier auf der Frequenz von DDR 1 das ARD-Programm und auf der von DDR 2 das ZDF-Programm auszustrahlen und die restlichen Frequenzen privaten Rundfunkveranstaltern zur Verfügung zu stellen (vgl. Doetz 1990). Der Deutschlandfunk-Intendant Edmund Gruber forderte zur gleichen Zeit, noch 1990 in der DDR fünf neue Landessrundfunkanstalten zu errichten (vgl. Kammann 1990a). Diese Auffassungen, die anderthalb Jahre später so fremd gar nicht mehr erscheinen, wurden damals angesichts der noch existenten DDR, kurz vor den ersten freien landesweiten Wahlen in der DDR vorgetragen und lösten zum Teil heftige Kritik aus (vgl. Kammann 1992).

Man ging also schon an das Verteilen des Fells, weil man den Bären schon längst erledigt glaubte. Daran änderte gegenüber solchen Vorschlägen auch der Protest nichts; die Vorschläge entsprachen nur allzu genau der allgemeinen politischen Einschätzung in Kreisen der CDU, in der das Wort von der „bedingungslosen Kapitulation“ aus prominentem

Munde die Runde machte (vgl. Kammann 1990).

Für zusätzliche Verwirrung sorgte auch in Leipzig der ab 17.3. erstmals sendende „Kanal X“, eine private Fernsehstation, gegründet von einigen jungen TV-Enthusiasten (Seyde/Günther), auf dem nicht belegten Kanal 35 im Leipziger Raum, ohne Sendelizenz der Post, aber mit einem 8-Watt-Kleinstsender und mit der Unterstützung vieler freiwilliger Helfer. Man wollte mit Kanal X „ein Medium lokaler Gegenöffentlichkeit“ errichten und „Fakten schaffen“, „bevor der Medienkuchen an die übermächtigen kommerziellen Interessenten verteilt worden sei“ (Thon 1990a). Dieser Versuch eines „Low-budget-Fernsehens mit High Tech“ blieb jedoch innerhalb der noch existierenden DDR ein Einzelfall (vgl. Preikschat 1990); ebenso auch das Experiment des illegal in Berlin-Prenzlauer Berg zweimal eine halbe Stunde wöchentlich sendenden „Radio P“.

Selbstbestimmung in der Medienkonstitution und die Übernahme des Marktes mußten als Strategien zwangsläufig in Kollision miteinander treten. Während die privatwirtschaftlich organisierten westlichen Medien in der DDR einen zu erobernden Markt sahen, hielten die öffentlich-rechtlichen Medien in der ersten Zeit noch am Modell einer Kooperation fest, wie sie auch mit anderen Mediensystemen in anderen Ländern bestand. ARD und ZDF betrieben seit dem November 1989 eine publikumswirksame Kooperation mit dem Fernsehen der DDR durch die Ausstrahlung von ARD- und ZDF-Sendungen (z.B. „Presseclub“) aus Adlershof mit Unterstützung des DDR-Fernsehens, es kam zur Übernahme von ARD-Sendungen ins DDR-Programm („Brennpunkt: Die Stimmung kippt um“). Das kooperative Prinzip wurde auch von Programmverantwortlichen, z.B. dem ARD-Vorsitzenden Hartwig Kelm, programmatisch unterstützt (vgl. Kelm 1990). Dennoch war auch hier klar, daß intern durchaus die ersten Pläne durchgeföhrt wurden, wie sich die öffentlich-rechtlichen Anstalten zur neuen Situation verhalten sollten, denn auch hier wird zunehmend in Marktkategorien gedacht. Und beim Markt entschied und entscheidet in der Regel über die Präsenz auch, wer als erster und am besten vorbereitet seinen Zugriff sichern kann.

Zwischen Kooperation und Integration

Der Streit um die Neuordnung des Fernsehens war überlagert durch die Unklarheit über die weitere politische Entwicklung und über die Entscheidungskompetenzen. Diese Phase reichte über die Volkskammerwahlen vom 18.3.1990 hinaus, die eine CDU-geführte Koalitionsregierung unter Lothar de Maiziere an die Regierung brachte, damit auch christdemokratische und den kommerzielle Medienvorstellungen in die Vorderhand brachten. Die CDU beanspruchte mit der Schaffung eines Medienministeriums unter Gottfried Müller (CDU) auch sofort die Entscheidungskompetenz.

Während die CDU-geführte DDR-Regierung zunächst kein klares Konzept für die Umgestaltung des Fernsehens hatte, wurde vom DDR-Fernsehen an der Eigenständigkeit festgehalten, diese sogar forciert. Fernseh-Intendant Hans Bentzien wollte die Sendeanstalt möglichst so erhalten, wie sie bestand, damit auch die „Leitungskader“ (wie Bentzien selbst fast alle Mitglieder der SED bzw. PDS) möglichst unbeschadet über alle Veränderungen hinwegretten. Im März 1990 nahm das Fernsehen der DDR den bis 1971 bestehenden Namen „Deutscher Fernsehfunke“ (DFF) wieder an, ein „Statut der Fernsehanstalt Deutscher Fernsehfunke“) wurde vorgelegt, das Ziel der Erhaltung des DFF als eigenständige Anstalt auch in einem neuen geeinten Deutschland wurde zum erklärten Ziel. Der DFF vereinbarte mit dem ZDF den Eintritt ins 3sat-Konsortium, er schloß - sehr zum Ärger von ARD und ZDF - mit der französischen Gruppe „Information et Publicit,“ (die in Verbindung mit dem luxemburgischen Privatanbieter CLT und dessen Ableger RTL plus steht) einen Vertrag über die Akquisition und Produktion von Werbung, der dem DFF aber über eine Einnahmegarantie sofort zusätzliche Mittel sicherte.

Bentzien versuchte, die westdeutschen Fernseh- und Rundfunkanstalten gegeneinander auszuspielen, denn bei der anstehenden Neuordnung hatten auch westdeutsche Anstalten

um ihr Überleben zu kämpfen. Ungeklärt war z.B. die Situation des Rias und des SFB in einer neuen einheitlich deutschen Fernsehlandschaft, was sollte mit den länderübergreifenden Sender (Deutschlandfunk und Deutschlandsender) geschehen? Die Neuorganisation sollte nach Bentziens Auffassung nicht dazu dienen, Strukturprobleme der ARD (Zusammenlegung kleiner Anstalten, Finanzierungslücken füllen) zu beheben. Für die DDR-Regierung sah er die Notwendigkeit, über ein eigenes Programm zu verfügen, weiterhin als gegeben an (vgl. Bentzien 1990). Eine längere Phase des selbstbestimmten Umbaus, der Erprobung neuer Formen wurde gerade auch von DFF-Mitarbeitern und Programmverantwortlichen verlangt (Vietze 1990). Trotz all dieser Versuche war klar, daß die Phase des Machtvakuum, innerhalb dessen der DFF seine Eigenständigkeit behaupten konnte, zu Ende ging.

Von zwei Seiten kamen die Gegenaktionen: ARD- und ZDF-Programmverantwortliche und bundesdeutsche Politiker entwickelten nun forciert Neuorganisationsvorschläge für das DDR-Fernsehen. Ein föderativer Aufbau war das Hauptargument, mit dem der Anspruch, den DFF unverändert zu lassen, zurückgewiesen wurde. Auch aus der DDR kam Kritik an Bentziens Vorstellungen. Die „Selbstreinigung“ des DFF-Personals schien vielen DDR-Politikern der SPD und CDU zweifelhaft, der DFF galt als „unreformierbar“ (vgl. Mühl-Benningaus 1990). Hinzu kamen die regionalen Bestrebungen innerhalb der DDR, die Zentrale Berlin zu demontieren, nicht zuletzt auch, um die eigenen Landesinteressen stärker artikulieren zu können (vgl. Kammann 1990b).

Die regionalen Bestrebungen verstärkten sich, die in den DFF-Programmen eilends geschaffenen regionalen Fenster erwiesen sich als unzureichend, auch der Vorschlag, fünf Landesrundfunkanstalten (für die fünf neuen Bundesländer) „unter dem Dach des DFF“ zu schaffen, wurde zurückgewiesen (vgl. Bahrmann 1990). Der Plan, den DFF als unabhängige dritte öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt innerhalb eines geeinten Deutschland zu erhalten, erschien als immer weniger realisierbar. Die durchaus berechtigte Forderung, das Fernsehen in der DDR so zu gestalten, daß es „einerseits jenes eigene, unverwechselbare Profil“ zeigte, um „die spezifischen Aufgaben in (seinem) Sendegebiet zu erfüllen“ und andererseits solche Strukturen entwickelte, „die mit dem bundesdeutschen und europäischen Mediensystem kompatibel sind“ (Seiß 1990, S. 14) wurde zwischen den verschiedenen Interessenkonstellationen zerrieben. Ein konsensfähiges und praktikables Modell wurde von keiner Seite entwickelt.

Die Diskussion über eine mögliche föderative oder eine zentralistische Struktur des DFF wurde überlagert durch die Zielvorstellung der Bundesregierung und der westdeutschen Rundfunkverantwortlichen, das duale Rundfunksystem auch in der noch bestehenden DDR zu etablieren, die sich die CDU-Regierung der DDR zueigen machte. Die Bundesregierung bereitete Weichenstellungen durch interne Arbeitsgruppen (Bundespostministerium, Telekom-Direktion und DDR-Post) über die Frequenzvergabe vor. Öffentlich wurde auf vielfältige Weise Druck erzeugt. ARD und ZDF forderten die Ausstrahlung ihrer Programme DDR-weit und in besserer Qualität, als sie bis dahin schon von Berlin aus zu empfangen waren. Mitte Mai schließlich legte der Bundesfachausschuß Medienpolitik der CDU (West) mit den „Eckwerten für die Medienordnung in einem vereinigten Deutschland“ einen Plan zur Integration vor, für die SPD sprach sich Björn Engholm für eine stufenweise Integration aus.

Wachsende Verunsicherung

Die neue Unübersichtlichkeit führte bei den Programmmitarbeitern des DDR-Fernsehens zu einer großen Verunsicherung, war doch zugleich immer auch von einem Personalabbau die Rede. Die Ausstattung des DFF wie auch des DDR-Hörfunks galt als überdimensioniert und nicht mehr finanzierbar. Mit der Drohung der Kündigung mußten alle Programmmitarbeiter leben; unklar blieben lange die Kriterien, die über einen Verbleib entschieden. Mit der anhaltenden Dauer der Umbauphase, den unklaren Kompetenzen, der unentschiedenen

Perspektiven wuchs die Verunsicherung weiter; ein Zustand, der für die Programmarbeit nicht förderlich war.

Bei der Produktion des Programms trafen die Programmacher auf die gleichen existenziellen Probleme auch bei den anderen DDR-Bürgern, so daß sie sich vor einer besonderen journalistischen Aufgabe der Vermittlung dieser Probleme sahen. Zugleich jedoch erfuhren sie, daß ihre journalistische Arbeit von der westlichen Öffentlichkeit wie auch früher schon allenfalls am Rande zur Kenntnis genommen wurde, sie also nicht wirklich auf dem gleichen Markt und für eine gleiche Öffentlichkeit wie die ARD- und ZDF-Kollegen arbeiteten.

Verzicht auf eine eigenständige Medienpolitik

Viele Entscheidungen wurden von der noch bestehenden DDR-Regierung bewußt nicht getroffen, um den neu zu gründenden Ländern nicht vorzugreifen. Ob man eine Mehrländeranstalt schuf, wie es im DDR-Medienministerium favorisiert wurde, oder ob die Länder ganz andere Vorstellungen entwickeln würden, war völlig offen (vgl. Becker 1990). Gegen die Mehrländeranstalt sprach vor allem, daß damit der Fortbestand des DFF nahegelegt wurde. Dagegen formierten sich jedoch immer mehr Kräfte. Vorrangig sollte das Fernsehen dem Einflußbereich der PDS entzogen werden. Der DFF galt als von PDS-Mitgliedern durchsetzt (vgl. Hauch-Fleck 1990, S. 25), an der personellen Besetzung der Leitungsebenen schien sich wenig zu ändern. Immer mehr verfestigte sich die Auffassung, daß, wie es Werner Maltusch, der Stellvertretende Generalintendant des DDR-Rundfunks, in der Süddeutschen Zeitung in einem Interview formulierte, „der alte Oberbau im zentralen Rundfunk nur zu beseitigen sei, indem man diesen Rundfunk beseitigte“ (Maltusch 1990, S. 6).

Hans Bentzien, schon vor der Wende langjähriger leitender Mitarbeiter des Fernsehens, wurde Ende Mai 1990 auf Beschluß des Ministerrats als Generalintendant abgelöst, der als Nachfolger vorgeschlagene Potsdamer Theaterintendant Gero Hammer jedoch vom Medienkontrollrat abgelehnt, so daß der Leiter des ersten DFF-Programms Michael Albrecht Ende Juni zum kommissarischen DFF-Intendanten ernannt wurde. Der Medienkontrollrat billigte schließlich am 27.6. die zweite Fassung eines Vorläufigen Statuts für den DFF, der im wesentlichen eine öffentlich-rechtliche Struktur des „föderalgetragenen, regierungsunabhängigen, staatsfernen“ (DFF 1990b) Fernsehens festschrieb.

Mit Bentziens Abgang aber war auch die vom DFF lange gehegte Vorstellung vom Tisch, der DFF könne als eine dritte öffentlich-rechtliche Anstalt neben ARD und ZDF in einem geeinten Deutschland weiter existieren. Der DFF-Personalrat favorisierte nun die Vorstellung, aus dem DFF 2-Programm ein Mehrländerprogramm für die zu errichtenden neuen Bundesländer zu machen. Für das DFF 1-Programm gab es keine eigenen Vorstellungen (vgl. Bünger 1990). Des Leipziger Medienwissenschaftlers Wolfgang Kleinwächters „Stufenplan“, der eine Erhaltung und bundesweite Ausstrahlung von DFF1 vorsah und eine längerfristige „gleitende“ Integration der Mediensysteme in einem „Reißverschlußverfahren“ (Kleinwächter 1990) vorsah, blieb ohne Resonanz. Man wollte (und dies bedeutete: die Medienvertreter und Medienpolitiker der Bundesrepublik) keine langsamen Übergänge, sondern auch in den Medien den schnellen Anschluß. Dabei sollte vor allem die Medienstruktur der Altbundesländer weitgehend unangefochten bleiben.

Unter Einfluß westlicher Medienvertreter wurde im Medienministerium ein Rundfunküberleitungsgesetz formuliert und vorgelegt (vgl. Kammann 1990c), das alle Ansätze der Selbst-Konstituierung des DFF außer Kraft setzte und schließlich, mit der Verabschiedung Ende September 1990 den DFF und den DDR-Hörfunk zu einer gemeinsamen Einrichtung „der künftigen Länder“ erklärte.

Das Überleitungsgesetz war, wie es der Chefredakteur von 'Kirche und Rundfunk' Uwe Kammann in einer Kritik formulierte, ein „Wechselbalg“ (1990c), weil es das Ziel, föderative

Strukturen aufzubauen, durch die Zerschlagung der bestehenden Strukturen und die Schaffung eines - zeitlich bis Juni 1992 befristeten - Staatsfunks ersetzen wollte, der durch die vom Ministerpräsidenten ernannten sechs Länderdirektorate und Beiräte gelenkt werden sollte. Gleichzeitig wurden bereits Prinzipien des westdeutschen Rundfunksystems eingezogen. Man verzichtete aber auf entscheidende Festlegungen, um den zu gründenden Ländern nicht vorzugreifen. Auf der ARD-Seite sah man für den DFF jetzt nur noch die Alternativen Integration nach den westlichen Bedingungen oder Beendigung des Programmbetriebs. „Anschluß oder Konkurs für den Deutschen Fernsehfunke - etwas anderes gibt es nicht“, resümierte Otto Köhler (1990) in der 'Zeit'.

Deutlich wurde im Verlauf des Sommers, daß eine eigene, selbstbestimmte Form der Neukonstituierung von der nur noch befristet amtierenden DDR-Regierung nicht mehr gewünscht wurde. Man wartete nun auf die Herstellung der deutschen Einheit, die im Herbst erfolgen sollte. Daß diese Interessen nicht mehr offen formuliert und diskutiert wurden, sondern die Entwicklung politisch in den Machtzentralen entschieden wurde, machte der Coup der Hörfunkleitung sichtbar, die die Frequenzen des Jugendsenders DT 64, ohne die Mitarbeiter zu informieren, (am 7.9.1990) an den RIAS abgegeben hatte, nachdem DT 64 zuvor mit privaten Investoren über eine Sicherung der Existenz verhandelt hatte. Der öffentliche Protest führte zwar zu einer Rücknahme der Entscheidung, doch daß solch ein Vorgehen nicht nur möglich war, sondern auch tatsächlich stattfand, verunsicherte die Mitarbeiter weiter.

Michael Albrecht hatte zwar seit seiner Amtsübernahme einen grundlegenden Umbau der Leitungsstruktur des DFF eingeleitet und zahlreiche Redaktionsleitungen neu besetzt. (Unter anderem wurde der langjährige Chef der „Aktuellen Kamera“ Klaus Schickhelm kommissarisch durch Manfred Pohl (seinen bisherigen Stellvertreter) ersetzt, die Leitung der Abteilung Fernseh dramatik übernahm Thomas Steinke.) Auch hatte er die im März 1990 gegründeten Landesstudios („Landessender“) aktiviert und dort in neue Technik und neue Ausrüstung investiert. Zudem wurden von ihm Entlassungen geplant, um das absehbare Defizit des DFF (der Staatszuschuß war 1990 von 170 Millionen auf 34 Million Mark gekürzt worden) so gering wie möglich zu halten (vgl. Albrecht 1990). Doch diese erkennbar an die grundsätzlichen Probleme des DFF rührenden Erneuerungen kamen zu spät, politisch war über das Ende des DFF längst andernorts entschieden worden. „Die TV-Matadore im Osten (haben) ihre Chance zur Revolutionierung des Fernsehens verpaßt“, urteilte Ute Thon (1990b) in der 'Tageszeitung'.

Fernsehen im „Beitrittsgebiet“

Die Verabschiedung des Rundfunküberleitungsgesetzes kurz vor dem Beitritt der DDR zum Geltungsgebiet des Grundgesetzes am 3.10.1990 legte die weitere Entwicklung des nun ehemaligen DDR-Fernsehens in seiner Perspektive auf seine Auflösung fest; zugleich ging jedoch die Kompetenz für die Durchführung des Umbaus in die Kompetenz der neuen Bundesländer über, die sich darüber verständigen mußten, in welcher Weise sie Landesrundfunkanstalten aufbauen wollten: ob jedes Bundesland eine Anstalt aufbaute, wovon vor allem die ARD-Anstalten wegen der unzureichenden Finanzdecke immer wieder warnten, oder ein oder zwei Mehrländeranstalten gegründet werden sollten.

Für die Übergangszeit wählten die Landesbeauftragten der neuen Bundesländer den von Bundeskanzler Kohl vorgeschlagenen ehemaligen Fernseh-Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks und ehemaligen Präsidenten der bayerischen Landeszentrale für neue Medien, Rudolf Mühlfnz am 15.10.1990 zum Rundfunkbeauftragten. Dessen Aufgabe ist nach dem Einigungsvertrag die Leitung des ehemaligen Rundfunks der DDR und des DFF bis längstensfalls 31.12.1991. Die „schnelle Entwicklung der dualen Rundfunkstruktur“ sah Mühlfnz (1991), der als konservativer Vertreter des Privatfunks gilt, in einer ersten Stellungnahme als seine Hauptaufgabe an.

Es war vor allem dieser Vorgang, einen altgedienten CSU-Hardliner in Medienfragen auf Weisung aus Bonn mit der Leitung des DFF zu beauftragen, der viele in der ehemaligen DDR verbitterte. Ein symbolischer Vorgang, die die Übernahme der Ex-DDR durch die Bundesrepublik auf dem Mediensektor geradezu verkörperte. Mühlfenzl begann ungerührt von der mentalen Situation der Betroffenen, seinen Auftrag strikt auszuführen: den DFF aufzulösen, die Erbmasse an Programmvermögen, Immobilien und Personal in Landesrundfunkanstalten zu überführen und dabei zugleich das Programm des DFF bis zum 31.12.1991 zu gewährleisten. Zum kleinen Korrektiv entwickelte sich der Beirat, der mit Vertretern aus den neuen Bundesländern besetzt wurde, darunter auch den ehemaligen CDU-Medienminister Gottfried Müller und seinen Staatssekretär Manfred Becker, ebenso aber auch für das Land Brandenburg Günter Gaus. Allerdings besaß der Beirat keine Entscheidungskompetenz (vgl. Bundesinnenministerium 1991).

Während in den neuen Bundesländern gerade die ersten Überlegungen zur Bildung von Mehrländerrundfunkanstalten diskutiert wurden, traf Mühlfenzl programmpolitische Entscheidungen, die auf eine rasche Integration des DFF in die bundesdeutsche Fernsehlandschaft und eine Ausbreitung der westdeutschen Programme im „Beitrittsgebiet“ zielten. Das ZDF durfte ab 2.12.1990, dem Tag der Bundestagswahl, auf der bislang ungenutzten dritten Senderkette sein Programm in den neuen Bundesländern (vor allem in den bisher nicht erreichten Gebieten um Dresden und in Mecklenburg-Vorpommern) ausstrahlen. Vom 15.12. ab wurde auf der Senderkette des DFF 1 Programms das ARD-Programm mit regionalen Fenstern in der Zeit von 17.25 bis 19.58 Uhr ausgestrahlt, auf der Kette von DFF 2 wurde ein neues Programm gesendet, das vom DFF in Adlershof produziert wurde und den vorläufigen Titel „DFF-Länderkette“ trug. ARD und ZDF strahlen aber weiterhin auch auf den bisherigen Frequenzen ihr Programm ab, mit der sie von den alten Bundesländern aus die DDR erreichten. Das alles waren bereits lange zuvor in den bundesdeutschen Kommandozentralen ausdiskutierte Entscheidungen.

Die noch bestehenden Werbevereinbarungen mit „Information et Publicit,“ (IP) paßte man den öffentlich-rechtlichen Begrenzungen, wie sie in den alten Bundesländern gelten, an. Da der DFF nicht Mitglied der ARD war, wurden für die Übernahme von DFF-Sendungen ins ARD-Programm sogenannte Patenschaften eingerichtet, mit denen Sendeanstalten der alten Bundesländer die DFF-Sendungen „betreuten“.

Kennzeichen der Ägide Mühlfenzls war und ist eine autoritäre Führung: Dazu zählen der Versuch der Disziplinierung der DFF-Leitung durch einen Erlaß, öffentliche Stellungnahmen von ihm genehmigen zu lassen (der Konflikt um den stellvertretenden Rundfunk-Intendanten Jörg Hildebrandt), die Umgehung des im Einigungsvertrag vorgeschriebenen Beirats mit Vertretern der Länder sowie die massiv vorangetriebene Entlassung von DFF-Mitarbeitern (vgl. Bittorf 1990). Prinzipiell sind solche Führungsstrukturen nicht sonderlich erwähnenswert, sie spielten hier jedoch eine besondere Rolle, weil sie dazu dienten, die strikte Durchführung des Auftrags, den DFF zu beseitigen, störungsfrei zu gewährleisten. Mühlfenzl sah seinen Auftrag allein im Einhalten der zeitlich genau terminierten Auflösung des DFF, nicht etwa in der Überführung in neue Strukturen oder gar in der Entwicklung konzeptioneller Vorstellungen. Von Mühlfenzls anfangs geäußerten Vorhaben, das duale System möglichst rasch im Beitrittsgebiet zu etablieren, war deshalb bald nicht mehr die Rede.

Sicherlich war es vor allem Aufgabe der Landespolitiker in den fünf neuen Bundesländern neue Rundfunkstrukturen zu schaffen. Dennoch hätte Mühlfenzl hier durch Stellungnahmen, Konzepte und Überleitungsvorstellungen von dem Fernsehbestand mehr erhalten und retten können als dies geschah. Anders als es der von der Treuhand für die DEFA eingesetzte ehemalige NDR-Intendant Peter Schiwy tat, äußerte sich Mühlfenzl in keiner Weise zur Frage nach dem Erhalt der Produktionszentren (Johannisthal und Adlershof) und zu den Medienstandorten im Umkreis Berlin, sondern sah nur Überkapazitäten. Für Adlershof, die

NaleppasträÙe, für Johannisthal warf er sich nirgends in die Bresche. Ein der ehemaligen DDR entstammender Rundfunkbeauftragte hätte hier mit Sicherheit anders gehandelt.

Zu den Besonderheiten der Fernsehentwicklung gehört, daß mit dem Ende des alten DDR-Fernsehens die Beliebtheit der DFF-Programme in der letzten Hälfte des Jahres 1990 bei den Bürgern in den neuen Bundesländern stark angestiegen war und die vorher führenden Programme ARD und ZDF überrundet hatte. Als Programm, das sich der Probleme der neuen Bundesländer besonders annahm, das aus diesen Ländern heraus und nicht über sie gemacht wurde, fand es wachsenden Zuspruch (vgl. Spielhagen 1991). Es liegt nahe, darin ein Festhalten an einer Identität zu sehen, die viele der neuen Bundesbürger durch die „Landnahme“ der Alt-Bundesdeutschen massiv bedroht sehen. Holm Freier; Chefredakteur des DFF, sah die besondere Programmaufgabe des DFF in der „speziellen Lebenshilfe von Ostdeutschen für Ostdeutsche“ (Freier 1990), die, nachdem der grundsätzliche politische Entscheidungsdruck von den Zuschauern genommen war, von diesen auch als besondere Programmleistung erkannt wurde. Damit verstärkte sich die auch öffentlich diskutierte Diskrepanz zwischen dem Betreiben Mühlfenzls, seinem Auftrag gemäß den DFF aufzulösen, und der Programmakzeptanz des DFF.

Der lange Weg hin zu den Landesrundfunkanstalten

In der ersten Hälfte des Jahres 1991 wurde mit der Vorbereitung zur Schaffung neuer Mehrländeranstalten begonnen. Die ökonomische Einsicht ließ aufgrund der allgemein schlechten finanziellen Lage mehr als zwei neue Anstalten als unrealistisch erscheinen. Doch waren die Kombinationsmöglichkeiten strittig. Denkbar schien auch eine Zeitlang ein Zusammengehen von Thüringen und Hessen bzw. der NDR-Länder und Mecklenburg-Vorpommerns; auch war eine Zeitlang die Rede von einer Kooperation von Brandenburg mit dem WDR. Einig wurden sich zuerst, wohl nicht zuletzt aufgrund ihrer gemeinsamen Parteizugehörigkeit, die Ministerpräsidenten von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in der Schaffung eines neuen „Mitteldeutschen Rundfunks“ (MDR). Bereits Mitte Februar 1991 wurde eine entsprechende Vereinbarung der Staatskanzleien der betreffenden Länder unterzeichnet.

Das Zusammengehen von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern mit Berlin (SFB), das aufgrund verschiedener Initiativen zu einem Konzept eines „Nordostdeutschen Rundfunks“ (NOR) bzw. „Nordostdeutsche Rundfunkanstalt“ (NORA) führte, war lange Zeit strittig, weil sich die Landesparlamente in Brandenburg und in Mecklenburg-Vorpommern dagegen wehrten. Einerseits wollten sie mit dem stark verschuldeten SFB nicht zusammengehen, weil sie die Dominanz der hier schon vorhandenen Strukturen befürchteten, die sie gerade erst aufzubauen begannen. Auch hatte der vom Intendanten von Lojewski geführte SFB und (West)Berliner Politiker sich lange Zeit mit entsprechenden Kooperationsangeboten zurückgehalten und durch anmaßende Hegemonieansprüche des SFB die möglichen Kooperationspartner verschreckt. Zum anderen warb im Norden der NDR unter Führung seines neuen Intendanten Jobst Plog mit weitreichenden Angeboten um ein Zusammengehen der NDR-Länder mit Mecklenburg-Vorpommern.

Gegen das Interesse auch der anderen ARD-Anstalten, die die Schaffung einer sich selbst tragenden Mehrländeranstalt (eine „ARD-beitrittsfähige Organisation“, so der SWF-Justitiar Jörg Rüggeberg) befürworteten, formulierten gerade die Vertreter des Landes Brandenburg ihr Interesse an einem eigenständigen Sender, der zur Herausbildung eines eigenen Landesbewußtseins wesentlich beitragen konnte. Man befürchtete einen starken Sog Berlins, der das Entstehen regionaler Brandenburger Strukturen bereits im Ansatz verhindern und die bestehenden (z.B. das Regionalprogramm „Antenne Brandenburg“) zersetzen könnte (vgl. Kammann 1991).

Im Frühsommer 1991 wurden die ersten Gesetzentwürfe und Staatsverträge über die Bildung des MDR sowie erste Gesetzesfassungen für den Privatfunk in einzelnen der neuen

Bundesländer vorgelegt, ein entsprechendes Rundfunkgesetz über die Errichtung des MDR unterzeichnet. Noch im Juli wurde der Hörfunk-Direktor des Bayerischen Rundfunks Udo Reiter von dem MDR-Rundfunkbeirat einstimmig zum Intendanten gewählt worden. Der MDR-Gründungsbeauftragte Wolfram Gebel, ein ehemaliger Mitarbeiter aus Mühlhens Beraterstab, legte auch bereits eine Besetzungsliste für Führungspositionen innerhalb des neuen Senders vor, die alle Vermutungen über eine „Übernahme“ des Senders durch westliche Rundfunkleute (mit CDU- bzw. CSU-Mitgliedsbuch) bestätigten (vgl. Ott 1991).

Auch im Nordosten schien eine Einigung auf eine gemeinsamen Nordostdeutschen Rundfunk (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin) möglich, eine entsprechende Vereinbarung unterzeichneten die Staatskanzleien im April 1991. Allerdings wies das Konzept durch seine Verteilung der Dreiländeranstalt auf drei verschiedenen Standorte (Potsdam: Fernsehdirektion; Berlin: Chefredaktion Hörfunk und Fernsehen; Schwerin: Hörfunkdirektion) zahlreiche Schwachstellen auf, die schon im Vorfeld der parlamentarischen Diskussion zu heftiger Kritik führte. Der Ende Juni 1991 vorgelegte Entwurf für einen Staatsvertrag (vgl. NORA 1991) scheiterte jedoch noch vor der Sommerpause in den Landesparlamenten, sowohl in Brandenburg als auch in Mecklenburg-Vorpommern fürchtete man den Verlust der Eigenständigkeit.

Währenddessen wurde vor allem in Brandenburg der Ausbau des ehemaligen Landesstudios des DFF zu einem Landessender Brandenburg (LSB) betrieben. Sein Direktor Bernhard Büchel (der im DFF zuvor in der Verantwortung für „Elf99“ und das „Donnerstagsgespräch“ gestanden hatte) wurde im März durch Alfred Rössler-Kleint abgelöst, der den Aufbau des Senders forcierte und den Umzug nach Babelsberg bis Ende September 1991 durchführte (vgl. Mühl-Benninghaus 1991). Die Brandenburger Landesregierung strebte nach dem Scheitern des NORA-Konzeptes und der erneuten Annäherung Mecklenburg-Vorpommerns an den NDR die Schaffung einer eigenen Landesrundfunkanstalt (Rundfunk Brandenburg - RBr) an, wobei eine Kooperation mit dem SFB nicht ausgeschlossen schien, ihre Form aber bis Ende 1991 noch weitgehend unklar blieb. Betrieben vom Gründungsbeauftragten und ehemaligen WDR-Intendanten von Sell sollte also jetzt eine Landesrundfunkanstalt entstehen, die jedoch aufgrund der geringen Teilnehmerzahlen eine Kleinstanstalt werden würde und damit die ARD-Struktur nicht unbedingt zu stärken versprach.

Die Diskussion, eine „schmale Anstalt“ zu schaffen, die nicht eine den anderen ARD-Anstalten vergleichbare Struktur aufweisen sollte, wie sie von Teilen der Brandenburger SPD vertreten wurde, erschien zwar plausibel, aber realitätsfern angesichts der Machtstrukturen innerhalb der ARD. Nicht zufällig wehrte der ARD-erfahrene von Sell deshalb solche Vorschläge vehement ab. Eine Anlehnung an der WDR, eine Übernahme seiner Organisationsstrukturen, seiner Logistik erscheint - wenn auch im begrenzteren Format - wahrscheinlich, da die enge Kooperation mit dem SFB nicht zustanden gekommen war.

Langfristig, so ist zu vermuten, wird das Ergebnis dieser Rundfunkgründungsphase mit der Schaffung des MDR und des Brandenburger Senders sowie dem Anschluß Mecklenburg-Vorpommerns an das Sendegebiet des NDR die Fernsehpräsenz der neuen Bundesländer in der ARD eher schwächen als stärken. Eine sich selbsttragende, ökonomisch potente Anstalt verspricht nur der MDR zu werden, der ORB (Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg, wie er jetzt heißt) dagegen wird über den Finanzausgleich von den Anstalten der Altbundesländer abhängig bleiben. Das sinnvolle Verschmelzen von SFB und der Brandenburger Anstalt, im politischen Tagesgeschäft oft beschworen, trat als Perspektive immer mehr in den Hintergrund, je mehr sich die neuen Apparate etablierten und in ihren Strukturen verfestigten. Einmal existierende Rundfunkanstalten - dies zeigt die Geschichte des Rundfunks in den alten Bundesländern - entwickeln ein nur schwer aufzuhebendes Beharrungsvermögen.

Der Niedergang der „Einrichtung“

Beim DFF, in der „Einrichtung“ setzte der Rundfunkbeauftragte Mühlfenzl eine rigide Entlassungspolitik durch. Die 7500 Mitarbeiter Ende 1990 waren Ende März 1991 bereits auf 4700 reduziert (vgl. Laschewski/Stinn 1991), bis Herbst 1991 war die Zahl der Mitarbeiter weiter gesunken. Diesen Mitarbeiterbestand hielt er für übernehmbar durch die neuen Landesrundfunkanstalten, zugleich sicherte er damit die Programmgewährleistung, zu der der DFF und die Hörfunksender nach dem Einigungsvertrag bis zum 31.12.1991 verpflichtet sind.(3)

Zwar wird mit dem 1.1.1992 die „Einrichtung“ definitiv aufgelöst, wenn nicht durch einen Staatsvertrag die Auflösung hinausgeschoben worden wäre. Daran bestand jedoch auch bei den Landesregierungen kein Interesse.

Brandenburg verabschiedete erst Mitte September 1991 ein Rundfunkgesetz, gründete im Oktober die eigene Rundfunkanstalt „Ostdeutscher Rundfunk“ (ODR) und wählte den WDR-Hauptabteilungsleiter Hansjürgen Rosenbauer zum Intendanten. Zum Fernsehdirektor wurde Ende November 1991 Michael Albrecht (bislange DFF-Intendant), Christoph Singelstein zum Kultur- und Programmchef Hörfunk (vorher Hörfunk-Intendant bei der „Einrichtung“) und weitere westdeutschen Rundfunkmitarbeiter zu Direktoren ernannt.)

Mecklenburg-Vorpommern schloß sich nach weiteren Querelen dem Sendegebiet des NDR an. Auch der MDR steckt noch in den ersten Anfängen. Die von der ARD vorgesehenen Prozentanteile am gemeinsamen Fernsehprogramm werden MDR und ODR mit Sicherheit 1992 noch nicht erbringen können, den Mitgliedsstatus in der ARD haben beide Anstalten auf der ARD-Jahresversammlung Mitte November 1991 erhalten.

Mühlfenzl drängte auch auf Entscheidungen über Programmvermögen des DFF und über die Liegenschaften in Adlershof und in der Naleppastraße sowie in den DFF-Produktionsstätten in Johannisthal, die Eigentum aller neuen Bundesländer sind. Sicherlich wird dies alles organisatorisch bewältigt, doch die gesellschaftlichen Kosten, sowohl materieller wie psychischer Natur, sind groß. Vieles ging auch im Kompetenzwirrwarr und in der übergroßen Eile der Schließung und Planierung des Geländes für immer verloren. Unklar blieb zum Beispiel, was mit den Archivbeständen, mit Dokumenten und Materialien des DF geschehen ist und geschieht. Das Anerbieten wissenschaftlicher Institutionen, das Material zu übernehmen, wurde nicht aufgenommen.

Der Auftrag, den DFF aufzulösen, brachte das Fernsehen deutlich in eine schlechte Position gegenüber anderen Medieninstitutionen. Als der Treuhandbeauftragte Peter Schiwy für die DEFA als neue „Medienstadt Babelsberg“ kräftig die Trommel rührte und gegen Adlershof zu Felde zog, das als Medienstandort angeblich im Raum Berlin nicht mehr benötigt werde, war von Mühlfenzl keinerlei Widerspruch zu der von ihm vertretenen „Einrichtung“ zu hören. Adlershof wurde zum Vorwurf gemacht, Propagandaschmiede der DDR gewesen zu sein, während die gleiche Propagandatätigkeit bei der DEFA als quantité négligable gilt.

So ist das Ende des DFF ebenso wie das seiner Produktionseinrichtungen unaufhaltsam. Zwar wurde das Programmniveau des DFF bis Ende September in etwa gehalten, doch machten immer weniger Mitarbeiter unter Einsatz ihrer letzten Kräfte das Programm. Viele Mitarbeiter inzwischen den DFF verlassen, um neuen Tätigkeiten nachzugehen. Der Rest wurde zum Jahresende in die Arbeitslosigkeit entlassen.

Schwächung des Konsenswillens

So wurde - wenn auch spät, aber angesichts der knappen Zeit, immer noch rechtzeitig - der Auftrag aus dem Einigungsvertrag, eine öffentlich-rechtliche Fernsehstruktur herzustellen, erfüllt. Dennoch bleibt auffällig, daß sich darüber unter vielen Bürgern in den neuen Bundesländern keine Freude einstellte. Stattdessen erscheint das Ende des DFF als

ein weiterer Verlust an Identität, deren Existenz man so richtig erst kennen zu lernen begann, als sie nicht mehr existieren durfte.

Der Prozeß des Umbaus erfolgte im wesentlichen nach westdeutschen Konventionen: Öffentliche Diskussion vieler Modelle und Vorstellungen bis eine gewisse Ermüdung der Kombattanten erkennbar ist, Modifizierung der in der Debatte erkannten zentralen Schwachstellen, Durchsetzung der schließlich in internen Gremien entwickelten Konzepte auf dem Machtwege. Dagegen war im Prinzip wenig zu sagen, hatte doch der allgemeine politische Wille der Bevölkerung in den neuen Bundesländern die Machtverhältnisse dafür geschaffen.

Die bundesdeutschen Konventionen des Medienumbaus wurden jedoch in wesentlichen Momenten modifiziert: Die Phase der Modelldiskussion und der Konsensfindung wurde entscheidend verkürzt und durch ein fixes Datum (31.12.1991) begrenzt. Zugleich übte die Bundesregierung aufgrund ihrer starken Position zusätzlich Druck aus in einem Bereich, in dem die Länder die ausschließliche Kompetenz hatten. Aufgrund der knappen Zeit waren die neuen Bundesländer benachteiligt, weil sie eigene Konzeptionen kaum ausreichend entwickeln konnten, die als Alternativen hätten gelten können. Das Faktische der Rundfunkanstalten in den alten Bundesländern behinderte die Entwicklung zu wirklich neuen Konzepten zusätzlich. Doch es geht nicht nur um eine Benachteiligung der neuen Länder. Die Rundfunkgeschichte in den alten Bundesländern hat gezeigt, daß rundfunkpolitisch kontroverse Themen (etwa 1953/1962 um ein Staatsfernsehen; 1976-1984 um die Einführung des kommerziellen Fernsehens) in der Gesellschaft sehr viel langfristiger diskutiert wurden, bis es zu Annäherungen, zu Kompromissen kam, auch bis sich bestimmte Argumente erschöpft hatten. Diese Form rundfunkpolitischer Meinungsbildung ist durch die Rundfunkentwicklung im Kontext der Schaffung der deutschen Einheit grundlegend verändert worden. Das Spiel der Kräfte in der öffentlichen Debatte ist nachhaltig gestört, auf Balance wird heute wenig Wert gelegt. Es hat sich gezeigt, daß man Entwicklungen machtpolitisch schnell durchsetzen kann. Dies wird in der Zukunft für die gesamtdeutsche Entwicklung Folgen haben.

Verlust der Stimme – die Krise der Befindlichkeiten

Mit dem „Kollaps“ der DDR-Medien, so der Ost-Berliner Publizist Christoph Dieckmann, „verlor das Land die Stimme“ (1991). Im DFF hatten sich - bei aller Kritik an ihm - große Teile der Bevölkerung wiedererkannt, fühlten sich direkt angesprochen, sahen, daß dessen Programm von Leuten gemacht wurde, die den gleichen Hintergrund, die gleiche Herkunft, das gleiche Lebensgefühl und das gleiche Schicksal wie man selbst hatte. Die Option, den DFF zu einer dritten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt aufzubauen und zu erhalten, wurde nicht genutzt. Die Chance wurde vertan, hier hat auch die SPD der alten Bundesländer (von der SPD in den neuen Ländern war dies nicht zu erwarten, da sie mit anderen Problemen zu tun hatte) keine entschiedene und bewußte Medienpolitik betrieben.

Ende 1991 wurde diese „Stimme“ abgewürgt. Ob in ähnlicher Weise den neuen, zumeist von westdeutschen Bundesbürgern gelenkten Landesrundfunksendern gelingt, eine solche „Stimme“ zu werden, bleibt abzuwarten. Dabei steht nicht zur Diskussion, daß sie es werden, sondern mehr *wann*, und was in der Zwischenzeit geschieht, zu welchen mentalen Verwerfungen es in den neuen Bundesländern kommt.

Medien, vor allem auch Hörfunk und Fernsehen, müssen - als auf Dauer, auf Kontinuität angelegte Institutionen, die Teil unserer Umwelt sind - eine Vermittlungsarbeit zwischen dem Gestern und dem Heute leisten. Ihre Zerschlagung mag politischem Kalkül entspringen, doch der wirkliche Verlust, den sie für Menschen bedeuten, die über Jahrzehnte mit ihnen - trotz aller Abwehr und Kritik - gelebt haben, ist nicht bedacht worden. Im Einigungsvertrag jedenfalls nicht.

Mit dem Zerschlagen der „Einrichtung“ wurde mehr beseitigt als eine Institution. Das Fernsehen und der Hörfunk sind heute Teil der Grundausstattung der Menschen, sind über die vermittelten Inhalte hinaus durch Art und Ansprache ihrer Zuschauer und Zuhörer auch Teile des mentalen Haushaltes jedes einzelnen Menschen. Selbst dort, wo sich Menschen bewußt von diesen Medien abwenden, sind sie immer noch als „Negativposten“ präsent und konstitutiv für die Befindlichkeit. Mit der Zerschlagung der „Einrichtung“ wird also auch ein Teil der psychischen „Einrichtung“ der Menschen zerschlagen.

An diese mentale Funktionsstelle des DFF zu treten und doch zugleich auch ein ganz anderes Programm zu machen, ist die Aufgabe der neuen Landesrundfunkanstalten. Vielleicht trägt dazu die Übernahme einiger populärer Sendungen bei. Doch mit „Sandmännchen“ und dem „Kessel Buntes“, wie Rudolf Mühlfenzl meint, ist es nicht getan, es geht um mehr. Gerade in einer wichtigen Phase der Einigung entsteht auf diese Weise eine Lücke, tritt Unsicherheit darüber auf, wie es weiter geht. Denn die Integration kann nur gelingen, wenn auch die neuen Bundesländer adäquat im Fernsehen vertreten sind: nicht nur für die Bürger dieser neuen Länder, sondern auch für die der alten. Christoph Dieckmann (1991) nannte das Ziel:

„Von deutsch-deutscher Integration wird erst dann zu reden sein, wenn der Westen den 68er NVA-Einmarsch in die Tschechoslowakei ebenso zur deutschen Geschichte adoptiert wie der Osten seit jeher die bundesdeutschen Fußball-Weltmeisterschaftstitel.“

Daß das geschieht, ist noch nicht absehbar, dazu wird es auch noch mentaler Veränderungen in den alten Bundesländern bedürfen. Die Fernsehanstalten in den alten Bundesländern werden vor allem dies als ihre Aufgabe betrachten müssen, während die neuen Anstalten zeigen müssen, daß auch sie sich westlich verstehen. Die neue Gemengelage zeichnet sich erst ab. Davon, wie sich die neuen Rundfunkanstalten auf der gesamtdeutschen Ebene präsent machen, wird das Gelingen der Integration wesentlich mitabhängen.

Anmerkungen

- (1) Zur Beschreibung der Entwicklung vgl. auch einen ersten Versuch des Verf.: Kleine Chronik eines laufenden Programmumbaus. Zur Fernsehentwicklung in der DDR, der ehemaligen DDR, dem „Beitrittsgebiet“ und in den neuen Bundesländern. In: LiLi, Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik, 21. Jg. (1991), H. 82.
- (2) Rudolf Mühlfenzl auf einem Hearing in der Akademie der Künste zu Berlin am 7.9.1991.
- (3) Rudolf Mühlfenzl auf einem Hearing in der Akademie der Künste zu Berlin am 7.9.1991.

Literatur

- Agneskirchner A. (1990): Angst im Nacken, Hoffnung vor Augen. Das DDR-Fernsehen, Hauptabteilung Publizistik. In: epd/Kirche und Rundfunk 41. Jg. (1990), Nr. 19, S. 10-12.
- Albrecht M. 1990: „Lieb und teuer“. epd-Interview mit DFF-Intendant Michael Albrecht. In: epd/Kirche und Rundfunk 41. Jg. (1990), Nr. 76, S. 3-7.
- Bahrman, H. 1990: Mit Brüchen. Wie weiter im DDR-Rundfunk. In: epd/Kirche und Rundfunk 41. Jg. (1990), Nr. 40, S. 3.
- Becker, M. 1990: Schritt für Schritt. epd-Interview mit DDR-Medien-Staatssekretär Manfred Becker. In: epd/Kirche und Rundfunk 41. Jg. (1990), Nr. 46, S. 3-6.
- Bentzien, H. 1990: „'Wer die Zuschauer hat, der wird gebraucht'. Ein epd-Interview mit DFF-Generalintendant Hans Bentzien. In: epd/Kirche und Rundfunk 41. Jg. (1990), Nr. 27, S. 8.
- Bittorf, W. 1990: „Wehe den Besiegten! Wie Rudolf Mühlfenzl in der Ex-DDR Funk und Fernsehen übernimmt.“ In: Der Spiegel 1990, Nr.49, S. 56-65.
- Bundesinnenministerium 1991: Die Stellung des Rundfunkbeauftragten und sein Verhältnis zum Rundfunkbeirat“. In: Funk-Korrespondenz 39. Jg. (1991), Nr. 8, S. 22f.

- Bünger, R. 1990: Ein Tribunal für die Chefs. Der DFF, sein Personal und die Zukunft. In: Der Tagesspiegel v. 9. 6. 1990, S. 23.
- Butzek E. 1990: Über die Grenze. Zur Situation des DDR-Fernsehens. In: epd/Kirche und Rundfunk 41. Jg. (1990), Nr. 11, S. 8-10.
- DFF 1990a: Statut der Fernsehanstalt Deutscher Fernsehfunk. In: epd/Kirche und Rundfunk. Jg. 41 (1990), Nr. 11, S. 8-10.
- DFF 1990b: Vorläufiges Statut für den DFF. In: epd/Kirche und Rundfunk 41. Jg.(1990), Nr. 53 (Dokumentation).
- Dieckmann Ch. 1991: Heimweh nach Ideologie? Zur Relativität von Befindlichkeiten. In: epd/Kirche und Rundfunk 41. Jg. (1991), Nr. 45, S. 4.
- Doetz J. 1990: Aussetzen bis zur Klarheit. BKS-Forderungen hinsichtlich eines gesamtdeutschen dualen Rundfunksystems. In: epd/Kirche und Rundfunk 41. Jg. (1990), Nr. 12, S. 21.
- Freier H. 1990: Lebenshilfe. das ostdeutsche Fernsehen und die Einheit. In: epd/Kirche und Rundfunk 41. Jg. (1990), Nr. 77, S. 3.
- Hanke, H. 1990a: „Kommunikation in Aufruhr – Medien im Wandel.“ In: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 38 (1990), H.3, S. 319-327.
- Hanke, H. 1990b: ‚Umbruch‘ im Fernsehen der DDR. In: Ästhetik und Kommunikation. Jg. 19. (1990), H.73/74, S. 79-86.
- Hanke, H. 1992: Macht und Ohnmacht des Mediums. Wandel in Funktion und Gebrauch des DDR-Fernsehens. In: Hickethier K. / Schneider I. (Hrsg.): Fernsehtheorien. Berlin, S. 150-160.
- Hartmann M. 1990: „Dreifacher Rittberger. Die wiederholten Wenden der Aktuellen Kamera (DDR).“ In: epd/Kirche und Rundfunk 41. Jg. (1990), Nr. 5, S. 4-6.
- Hauch-Fleck, Marie-Luise 1990: „Auf gesamtdeutscher Welle. Radio und Fernsehen der DDR sollen ihre Eigenständigkeit aufgeben.“ In: Die Zeit Nr. 25 v. 15. 6. 1990, S. 25.
- Hauschild J. 1990: „Wir fühlen uns wie die freiesten Journalisten der Welt“. In: Süddeutsche Zeitung v. 17. 1. 1990. Vgl. auch.
- Hesse, K.R. 1990: Fernsehen und Revolution. Zum Einfluß der Westmedien auf die politische Wende in der DDR. In: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 38. (1990), H.3, S. 328-342.
- Hickethier, K. 1990: Die Zeit und das Fernsehen. In: Ästhetik und Kommunikation. Jg. 19 (1990), H. 73/74, S. 137-144.
- Hickethier K./Schneider I. (Hrsg.) 1992: Fernsehtheorien. Berlin.
- Hickethier, K. 1991: Kleine Chronik eines laufenden Programmumbaus. Zur Fernsehentwicklung in der DDR, der ehemaligen DDR, dem „Beitrittsgebiet“ und in den neuen Bundesländern. In: LiLi, Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik. Jg. 21 (1991), H. 82.
- Hoff, P. 1991: Continuity and Change. Television in the GDR from autumn 1989 to summer 1990. In: Nowell-Smith G./Wollen T. (Hrsg.): After the Wall. Broadcasting in Germany. London, S. 11-26.
- Kammann U. 1990a: Goldene Zeiten. Wie manche die DDR-Medien verteilen wollen. In: epd/Kirche und Rundfunk 41. Jg. (1990), Nr.12, S. 3.
- Kammann U. 1990b: „Neues Deutschland, querbeet. ARD-CDU-DFF-BRD-DDR-Medienkunden.“ In: epd/Kirche und Rundfunk 41. Jg. (1990), Nr.34/35, S. 3-5.
- Kammann U. 1990c: „Dialektischer Pragmatismus der treuen Hand. Das DDR-Rundfunk-Überleitungsgesetz - ein Wechselbalg.“ In: epd/Kirche und Rundfunk 41. Jg. (1990), Nr. 53, S. 3.
- Kammann U. 1991: Brandenburgisches Konzert. Zum Beispiel: Neuordnung zwischen Mittel-

- und Gernegroß. In: epd/Kirche und Rundfunk 42. Jg. (1991), Nr. 17, S. 3-5.
- Kammann U. 1992: Das DDR-Fernsehen und die Strategien der bundesdeutschen Medien. In: Hickethier/Schneider (Hrsg.) 1992, S. 172-185.
- Kelm, H. 1990: ARD-Vorsitzender Kelm warnt vor Schnell-Modellen für die DDR. In: epd/Kirche und Rundfunk 41. Jg. (1990), Nr. 12, S. 9.
- Kleinwächter W. 1990: Im „Reißverschlußverfahren“ zusammenwachsen. In: Frankfurter Rundschau v. 25. 6. 1990.
- Köhler O. 1990: Ein Kulturkampf. Unbemerkt von der Öffentlichkeit „erobert“ die Intendanten der ARD das Sendegebiet der DDR. In: Die Zeit Nr. 30 v. 20. 7. 1990.
- Laschewski A./Stinn R. 1991: Abgefunden? Die 'Einrichtung' und die Entlassungswelle. In: epd/Kirche und Rundfunk 41. Jg. (1991), Nr. 30, S. 7-9.
- Ludes P. 1990: DDR-Fernsehen intern. Berlin.
- Malutsch, W. 1990: [Interviews mit der Süddeutschen Zeitung]. Nach: epd/Kirche und Rundfunk. Jg. 41 (1990), Nr. 46, S. 6.
- Mühl-Benninghaus W. 1990: „Ab morgen heißen wir 'Aktuell'. Ein Nachwort zum Ende der DDR-Nachrichtensendung 'Aktuelle Kamera'.“ In: Funk-Korrespondenz 38. Jg. (1990), Nr.51-52, S. 1-3.
- Mühl-Benninghaus W. 1991: Dilletantisch, aber akzeptiert. Der Landessender Brandenburg (LSB) in Konkurrenz zum SFB. In: Funk-Korrespondenz 39. Jg. (1991), Nr. 17, S. 1ff.
- Mühlfenzl, R. 1991: DFF-Programmauftrag gefährdet? Hohe Einschaltquoten für die DFF-Berichterstattung. In: epd/Kirche und Rundfunk 42. Jg. (1991), Nr. 17, S. 16-17.
- NORA 1991: „Entwurf des Staatsvertrags über die Errichtung der Nordostdeutschen Rundfunkanstalt (NORA).“ Abgedruckt In: epd/Kirche und Rundfunk 42. Jg. (1991), Nr. 48 (Dokumentation).
- Odermann, H. 1990: Der Umbruch und die Mediengesetzgebung der DDR. In: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 38 (1990), H. 3, S. 377-384.
- Ott K. 1991: Amtseinführung unter Goethes wohlgefälligem Blick. In: Süddeutsche Zeitung Nr.156 v. 9. 7. 1991, S. 30.
- Preikschat W. 1990: Wünsche offen. „Kanal X“: ein Fernsehexperiment in Leipzig. In: epd/Kirche und Rundfunk 41. Jg. (1990), Nr.41, S. 14.
- Seiß G. 1990: Die Chance des Neuanfangs nutzen. Ziele einer Rundfunkentwicklung in der DDR. In: epd/Kirche und Rundfunk 41. Jg. (1990), Nr. 44/45, S. 14
- Spielhagen, E. 1991: Medial aufgeschlossen, real ausgeschlossen. DDR, Medien und kulturelle Identität.“ In: epd/Kirche und Rundfunk 42. Jg. (1991), Nr. 45, S. 7ff.
- Thon U. 1990a: Das ganze Ding ist ein Kunstwerk. Leipzig hat einen Piraten-TV-Sender. In: Die Tageszeitung vom 3. 4. 1990, S. 20.
- Thon U. 1990b: Ein Ende ohne Schrecken. In: Die Tageszeitung v. 14.12. 1990, S. 10.
- Vietze, W. 1990: Unverwechselbar Pro. epd-Interview mit DFF-Programmdirektor Wolfgang Vietze. In: epd/Kirche und Rundfunk 41. Jg. (1990), Nr. 28/29, S. 5-9.

Quellen

- Hickethier, Knut 1992: Das Zerschlagen der Einrichtung. Der Weg vom Staatsfernsehen der DDR zum Rundfunkföderalismus in den neuen Bundesländern. In: Bohn, Rainer/Hickethier, Knut/Müller, Eggo (Hrsg.): Mauer-Show. Das Ende der DDR, die deutsche Einheit und die Medien. Berlin 1992, S. 71-93.
Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Rainer Bohn Verlags (Edition Sigma).

weitere Informationen

Steinmetz, Rüdiger 2003a: Live-Wende in eine neue Zeit: Kontinuitäten und Brüche im deutsch-deutschen Fernsehen vor, am und nach dem 9. November 1989. In: Frey-Vor, Gerlinde/Steinmetz, Rüdiger (Hrsg.) 2003: Rundfunk in Ostdeutschland. Erinnerungen – Analysen – Meinungen. Jahrbuch des Studienkreises Rundfunk und Geschichte, Bd. 3. Konstanz, S. 9-46.

Steinmetz, Rüdiger 2003b: Die Live-Wende. Der 9. November 1989 in der ARD und im DDR-Fernsehen. In: epd medien, Nr. 12 v. 15.2.2003.